

## Auszug aus der Niederschrift

---

### **Sitzung der Bürgerschaft vom 09.09.2020**

#### **8.5 Vorsitzende der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.PARTEI sowie Julia Kristin Pittasch (FDP) und Christoph Eisfeld (FDP) Weiterentwicklung von Homeoffice und mobilem Arbeiten in der Stadtverwaltung**

Herr Senator Dr. Müller-von Wrycz Rekowski nimmt ausführlich Stellung und betont, dass der vorliegende Antrag von der Verwaltung als Rahmenvorgabe angesehen wird. Die Rahmenbedingungen sowie umfangreiche Detailfragen hinsichtlich der Ausgestaltung müssen noch durch die Verwaltung geklärt werden; er sieht deshalb die im Änderungsantrag enthaltene Terminstellung März 2021 als kritisch an.

Frau Knitter weist mit Bezug auf den Änderungsantrag Nr. 2020/AN/1178-02 (ÄÄ) darauf hin, dass für ein Homeoffice Regelungen getroffen werden müssen in Zusammenarbeit mit den Personalräten und den Gewerkschaften, denn das während der Corona-Pandemie stattgefunden Homeoffice muss als Ausnahme betrachtet werden und nicht zur Einsparung finanzieller Mittel.

Nach der Wortmeldung von Frau Knitter äußert der Oberbürgermeister, dass sich nach einer Umfrage die Beschäftigten überdurchschnittlich für das Homeoffice ausgesprochen haben. Weiterhin informiert er, dass der Personalrat bei der Angelegenheit involviert ist.

#### **Auf Antrag von Herrn Flachsmeyer erfolgt eine punktweise Abstimmung zum Änderungsantrag Nr. 2020/AN/1178-02 (ÄÄ).**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Projektgruppe zur zukünftigen Ausgestaltung von Homeoffice und mobilen Arbeiten unter Einbeziehung der weiterzuentwickelnden Digitalisierungsstrategie für die Mitarbeiter\*innen der Stadtverwaltung einzurichten. Dabei sind die Personalräte zu beteiligen.

Ziel ist die Vorlage eines Konzepts, das den Bedürfnissen der Mitarbeiter\*innen und den Arbeitserfordernissen der Verwaltung gerecht wird und eine praktikable Ausgestaltung der technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die neue Arbeitswelt 4.0 vorsieht. Bestandteil der Konzepterstellung soll eine diesbezügliche Mitarbeiter\*innen-Umfrage sein.

Der Bürgerschaft ist quartalsweise über den Arbeitsstand Bericht zu erstatten.

Der Oberbürgermeister wird darüber hinaus beauftragt, bis zur Bürgerschaftssitzung im Oktober 2020 einen Bericht vorzulegen, der den Grad und Umfang der coronabedingten Homeoffice-Tätigkeit der Verwaltung, die daraus gesammelten Erfahrungen sowie die derzeitigen Schlussfolgerungen für die zukünftige Ausgestaltung des Arbeitens im

Homeoffice bzw. des mobilen Arbeitens darlegt.

### **Beschluss Nr. 2020/BV/1178:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Projektgruppe zur zukünftigen Ausgestaltung von Homeoffice und mobilen Arbeiten unter Einbeziehung der weiterzuentwickelnden Digitalisierungsstrategie für die Mitarbeiter\*innen der Stadtverwaltung einzurichten. Dabei sind die Personalräte und Gewerkschaften zu beteiligen.

Ziel ist die Vorlage eines Konzepts, das den Bedürfnissen der Mitarbeiter\*innen und den Arbeitserfordernissen der Verwaltung gerecht wird und eine praktikable Ausgestaltung der technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die neue Arbeitswelt 4.0 vorsieht. Bestandteil der Konzepterstellung soll eine diesbezügliche Mitarbeiter\*innen-Umfrage sein. Der Bürgerschaft ist quartalsweise über den Arbeitsstand Bericht zu erstatten.

Der Oberbürgermeister wird darüber hinaus beauftragt, bis zur Bürgerschaftssitzung im Oktober 2020 einen Bericht vorzulegen, der den Grad und Umfang der coronabedingten Homeoffice-Tätigkeit der Verwaltung, die daraus gesammelten Erfahrungen sowie die derzeitigen Schlussfolgerungen für die zukünftige Ausgestaltung des Arbeitens im Homeoffice bzw. des mobilen Arbeitens darlegt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Angenommen	<b>X</b>
Abgelehnt	